

Martin im Forscherglück

Greateyes-Geschäftsführer Regehy erfindet mit seiner Lichtlupe ein präzises Messgerät

Mit Greateyes gewinnt dieses Jahr auch ein junges High-Tech-Unternehmen den Innovationspreis Berlin Brandenburg. Schon die Nominierung sei eine Motivation für das ganze Team gewesen, sagt Geschäftsführer Martin Regehy.

Zusammen mit dem Lehrstuhlinhaber für Computer Vision der Humboldt-Universität hat Greateyes in knapp zwei Jahren ein neues Verfahren entwickelt und zur Marktreife gebracht, um feinste Risse und Verunreinigungen in Solarzellen und Wafern – das sind Siliziumscheiben, die in der Computerindustrie verwendet werden – zu entdecken. Die Innovation liegt dabei im Einsatz einer flexiblen LED-Lichtquelle. Im Gegensatz zur herkömmlich eingesetzten Lasertechnik für

effizienter und intensiv zu untersuchen wirtschaftlichen Bedingungen zu prüfen. Damit ist Greateyes sozusagen ein technischer Coup gelungen, denn vor der Fertigstellung des Systems hatten einige Gutachter sogar bezweifelt, dass es überhaupt möglich sein würde, mit LEDs und einer hochempfindlichen CCD-Kamera solche präzise Messungen durchzuführen. „Wir hatten vielleicht auch ein bisschen Forscherglück“, sagt Martin Regehy. „Aber ohne die Förderung durch die Investitionsbank Berlin und ihrem Profit-Programm wäre es uns nicht so schnell gelungen.“ Denn die Fördergelder haben dem jungen Unternehmen und seinen universitären Partnern in Adlershof ermöglicht, relevante, aber kostenintensive Tests durchzuführen und notwendige Investitionen zu tätigen.

Mit der Verleihung des Innovationspreises erhofft sich Regehy nicht nur einen erhöhten Bekanntheitsgrad für seine noch junge Firma und sein innovatives Produkt, sondern auch für den Standort Adlershof. „Unsere internationalen Kunden sind immer ganz begeistert, wenn wir sie auf dem Technologiecampus besuchen“, sagt er. „Ich denke, Adlershof ist mit seinen zahlreichen Firmen, Institutionen und der direkten Anbindung an die Humboldt-Universität ein sehr gutes Auswahlschild für Berlin als technologiestarke Region.“

TONGE-IN-SMIRN



Geschäftsführer Martin Regehy (Mitte) im Kreise seiner Mitarbeiter.

Foto: Prisma

INNOVATIONSPREIS BERLIN BRANDENBURG

diese Art Qualitätsprüfung benötigen die LEDs kein Kühlsystem. Außerdem ist das von ihnen produzierte Licht mit dem bloßen Auge sichtbar, man kann das komplette Prüfverfahren einsehen und benötigt auch keine zusätzliche Schutzvorrichtung für die Augen. Neben der rein technischen Innovation überzeugt das System „LumiSolarCell“ obendrein durch seine kompakte Größe, die einfache Handhabung und den im Vergleich zum Leaser-Prüfverfahren wesentlich günstigeren Preis. Alle Faktoren zusammen mit dem das neue System ganz klar zu einem würdigen Gewinner des Innovationspreises 2010.

„Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist das LumiSolarCell-System das weltweit erste und einzige kommerziell erhältliche Photolumineszenz-Inspektionssystem basierend auf High Power LEDs. Die Marktfähigkeit gilt als gesichert“, lautet die Einschätzung der Jury. „Verfahren und Inspektionssystem haben erhebliches Potenzial, bisherige Untersuchungssysteme in der Solarindustrie abzulösen, zumal sie auch die Möglichkeit bieten, großflächige optoelektronische Systeme

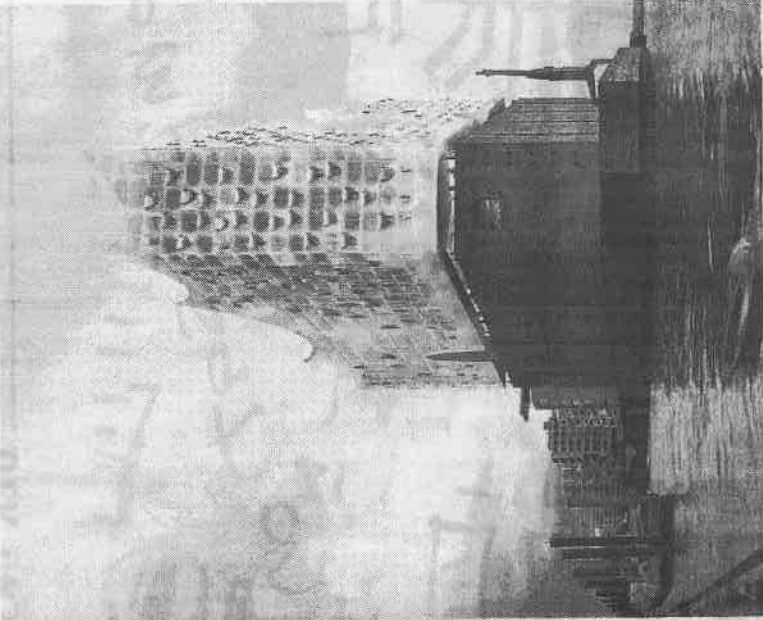
Staat und Unternehmen können zum gegenseitigen Vorteil kooperieren. In Berlin ist das noch selten

Wenn Öffentliches privat wird

„bieten“, erläutert Stiepelmann. Aus seiner Sicht lohnen sich ÖPP für die öffentliche Hand, weil die Privatwirtschaft bei derartigen Projekten die so genannten Schnittstellenrisiken übernimmt. Damit sind zum einen Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Beteiligten gemeint. Diese ließen sich durch ÖPP minimieren, weil die Planung und Durchführung eines Projekts in einer Hand liegen. Zum anderen schaffen öffentlich-privat Kooperationsmodelle mehr ökonomische Anreize für den Auftragnehmer als konventionelle Vorhaben. So sei ein ÖPP-Auftraggeber bei Bauprojekten beispielsweise gut beraten, qualitativ hochwertige Baustoffe beim Bau von Immobilien einzusetzen, weil sich die Betriebskosten dadurch langfristig niedrig halten lassen.

ÖPP-Erklärer wie die „Arbeitsgruppe Privatisierung“ der Antiquaritätskommission Altag beklagen vor allem, dass die Projektpartner hierzulande nicht verpflichtet sind, ihre Verträge offenzulegen. In anderen Ländern wie Australien oder Kanada ist die Offenlegung der Verträge dagegen Usus: Hier können Dritte die getroffenen Vereinbarungen bis ins Detail im Internet nachlesen. Eine Regelung, die sich der Bundesverband Public Private Partnership (BPPP) auch für Deutschland wünscht. „Es spricht nichts dagegen, ÖPP-Verträge auch hierzulande transparent zu machen“, sagt BPPP-Vorstand Martin Schellenberg. Eine entsprechende Regelung ließe sich im bereits existierenden Vergabericht verankern oder mit einem noch zu schaffenden Transparenzgesetz realisieren.

Auch Heiko Stiepelmann hält eine Offenlegung der ÖPP-Verträge für sinnvoll. Öffentlich-privat Partnerschaften seien bis zur Kapitalmarktkrise sehr erfolgreich gewesen, seien sich nun aber der zunehmenden Kritik der Privatwirtschaft ausgesetzt. „Das schlechte Image der Kapitalmärkte ist zu dem ÖPP hinübergeschwappt, weil viele Banken sich für solche Projekte engagiert haben“, sagt Stiepelmann. Zahlreiche Kritiker glauben, bei öffentlich-privaten Partnerschaften handele es sich um ein Finanzprodukt. „Dabei handelt es sich um realwirtschaftliche Projekte.“



Die Elbphilharmonie in Hamburg gehört zu den besonders umstrittenen öffentlich-privat Partnerschaftsprojekten (ÖPP).

Foto: Prisma Herzog & de Meuron

NOCH IST DER ERSTE SPATENSTICH NICHT GEGAN. Auf dem Gelände zwischen Kapellenufer, Alexanderufer und der Margarete-Steiffen-Straße, wo künftig der Neubau des Bundesministeriums für Bildung und Forschung entstehen soll, befinden sich im Augenblick noch der Bundespresesstrand und ein Parkplatz. Wenn alles nach Plan läuft, werden hier im Frühjahr 2012 im Rahmen einer öffentlich-privat Partnerschaft (ÖPP) die Bauarbeiten beginnen – die staatliche Bundesstadt für Immobilienaufgaben (BIma) kooperiert bei der Planung und Durchführung des Vorhabens mit einem Unternehmen der Privatwirtschaft, Grundstück und Liegenschaft bleiben dabei in öffentlichem Besitz, während der private Investor für den Bau und für den Betrieb der Immobilie zuständig ist. Grundlage inklusive.

ÖPP-Modelle sollen Bund, Länder und Kommunen in die Lage versetzen, trotz knapper Kassen Bau- oder Infrastrukturprojekte sowie andere Vorhaben wirtschaftlicher als im Alleingang verwirklichen zu können. Im Idealfall kalkuliert der private Auftragnehmer seine Investitionen so, dass sie sich langfristig rechnen. Im Gegenzug kann die Privatwirtschaft durch lange Vertragslaufzeiten für die von ihr erbrachten Leistungen mit regelmäßigen Zahlungen vom jeweiligen Partner rechnen.

In Deutschland gibt es laut Partnerschaften Deutschland (PD) aktuell im Hoch- und Tiefbau knapp 160 öffentlich-privat Partnerschaften, weitere im Gesundheitswesen, der IT- und der Dienstleistungsbranche. PD ist eine vom Bund eingesetzte Institution, die ÖPPs fördern soll. Während Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern oder Hamburg über so genannte Kompetenzzentren oder Kontaktstellen für ÖPP verfügen, existiert eine solche Institution in Berlin bislang nicht. „In Berlin bestehen derzeit keine Projekte im Rahmen des ÖPP“, erklärt eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Finanzen. Vor diesem Hintergrund sei es bislang auch nicht zweckmäßig gewesen, eine Kontaktstelle einzurichten. „Ich halte

ÖPPs in der Regel nicht für sinnvoll“, sagt Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum (Gauteilos). „Sie sind nichts anderes als Leasing-Geschäfte, die die öffentliche Hand auf Dauer teurer zu stehen kommen als eine Direktinvestition.“ „Das ist eine Behauptung“, hält Heiko Stiepelmann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der

Deutschen Bauindustrie, dagegen. Berlin habe sich öffentlich-privaten Partnerschaften bislang regelrecht verweigert (Gauteilos). „Sie sind nichts anderes als Leasing-Geschäfte, die die öffentliche Hand auf Dauer teurer zu stehen kommen als eine Direktinvestition.“ „Das ist eine Behauptung“, hält Heiko Stiepelmann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der